

# „Krisen, Katastrophen, Krieg“ – Was tatsächlich geschieht, wenn die EU zerbricht!

[veröffentlicht am 02.12.2016 von watergate.tv](#)



von Guido Grandt

Europa ist in Aufruhr! Auch die Bundesregierung bereitet die Bevölkerung auf zivile Notstände, Katastrophen, Terroranschläge oder einen militärischen Angriff vor.

So jedenfalls ist das jüngst vorgestellte Zivilschutzkonzept zu verstehen.

- ? **Doch was erwartet uns Bürger, wenn es wirklichem zu einem Kollaps innerhalb der EU kommt?**
- ? **Womit müssen wir rechnen?**

## ► Das große EU-Desaster

In der Tat: Noch niemals zuvor seit Ende des Zweiten Weltkriegs war die Lage in Europa so angespannt: Die Flüchtlingskrise mit all ihren unbewältigten Problemen, die steigende Terrorgefahr durch Anschläge auch in Deutschland, der Ukraine-Bürgerkrieg, der vor einer Eskalation steht, der Syrien-Krieg, in dem sich die USA und Russland „indirekt“ gegenüberstehen. Hinzu kommt der Überlebenskampf der Europäischen Union, die aufgrund der ungelösten wirtschaftlichen Probleme und hinsichtlich des Asyl-Dramas langsam zerbricht. Ganz zu schweigen von den Folgen des Brexit.

Ohnehin hat die EU ein noch ein viel größeres Problem: Die einheitliche Geldpolitik, gekrönt vom Euro, obwohl die einzelnen Mitgliedstaaten verschiedene Wirtschaftsstrukturen und Konjunkturphasen aufweisen. Das führt zwangsläufig dazu, dass es starke Staaten, wie Deutschland, und schwache, wie die Krisenländer gibt. Der US-amerikanische Systemtheorie- und Komplexitätsforscher *John Casti* sagte einst dazu:

- *„Die Vorstellung, eine Finanzpolitik, die in einem Land wie Deutschland funktioniert, könne oder solle ebenso auf ein Land wie Griechenland oder Portugal angewandt werden, ist eine Einladung zur Katastrophe.“* Er hat recht damit behalten.

## ► Ungelöste Bankenkrise

Natürlich ist da auch noch die ungelöste Bankenkrise, die die Weltwirtschaft wie 2007/2008 erneut in den Abgrund reißen und einen Kollaps des globalen Finanzsystems nach sich ziehen könnte. Hintergrund: Die europäischen Banken weisen erheblich niedrigere Quoten für das Kernkapital relativ zur Bilanzsumme (Leverage Ratio) auf. Dieses beträgt lediglich zwischen 4 und 7 %. Hinzu kommen

die hohen Kreditausfälle und Verluste bei Kreditausfällen, die 10 % ausmachen. Manch ein Chefökonom munkelt sogar, dass diese Quote doppelt so hoch sein soll. Die Probleme des EU-Bankensektors haben sich drastisch verschärft. So steht Italien bereits vor einem Kollaps. In den Tresoren der italienischen Geldhäuser schlummern alleine 360 Milliarden Euro an notleidenden Krediten. All diese Probleme wurden herunter gespielt. Auch von der italienischen Zentralbank. Natürlich ist längst die Forderung aufgekommen, dass die EZB helfen soll. Das geht aber nur, wenn die anderen Staaten für die öffentlichen Finanzen der Krisenländer, zu denen auch Italien zählt, haften!

Ich sage Ihnen: Das ist ein Pulverfass, an dem die Lunte bereits gezündet ist. Die Solidarität der Bürger der wirtschaftsstarken Länder kommt an ihre Grenzen. Dennoch halten EZB und verantwortungslose Politiker aus Brüssel an der Garantie vom Sommer 2015 hinsichtlich des Zusammenhalts im Euro-Raum fest. Dadurch kaufen Sie lediglich Zeit, bevor die große Katastrophe, sprich der Crash, kommt! Denn die politischen und fiskalischen Entscheider sind zu schwach, um die unge lösten wirtschaftlichen und – vor allem durch die Flüchtlingskrise hervorgerufenen – gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Der Sturm hat bereits begonnen

### ► **Brüssel: Wohlstand vernichtet – Armut und Massenarbeitslosigkeit geschaffen**

Die anhaltende desaströse EU und EZB-Politik fordert einen hohen Preis: Nämlich nichts anderes als den Wohlstand. Die Null- und Negativzinsen vernichten das Vermögen und die Altersvorsorge der Europäer immer mehr. Und sie hat Not und Elend für Millionen Menschen sowie politische Instabilität gebracht. Die Zahl der von Armut bedrohten Menschen in Europa steigt. Inzwischen sind es 122 Millionen EU-Bürger (24,4 %)! Wussten Sie das? Auch in Deutschland schreitet die Armut voran. Waren 2010 noch 16 Millionen Bundesbürger davon betroffen, sind es 2014 schon 500.000 mehr. Oder anders ausgedrückt: 20,6 Prozent der deutschen Bevölkerung sind dem Risiko von Armut ausgesetzt.

Hinzu kommt eine hohe Arbeitslosigkeit. 2015 lag die offizielle Arbeitslosenquote in der EU bei 9,4 %. In der Eurozone bei 10,9 %. Am schlimmsten davon betroffen waren Griechenland (24,9 %), Spanien (22,1 %), Kroatien (16,3 %) und Zypern (15,1 %). Deutschland kam mit 4,6 % gut dabei weg. Allerdings nicht bei der Zahl arbeitsloser Jugendlicher (15 bis 24-Jährige). Aktuelle Zahlen vom Juni 2016 (andere liegen noch nicht vor) bestätigen das. Die Jugendarbeitslosigkeit lag in den EU-Mitgliedsstaaten bei 20,4 %. In der Eurozone bei 22,5 %. Die weitaus höchste Jugendarbeitslosigkeit verzeichnet Spanien (672.000), gefolgt von Frankreich (636.000), Großbritannien (595.000), Italien (580.000) und Deutschland (300.000)

### ► **Die Auflösung der Währungsunion**

Doch ist die Auflösung einer Währungsunion pure Verschwörungstheorie oder auf Fakten begründet?

Vielleicht erinnern Sie sich: Aufgrund von Bürgerkrieg und der Gründung neuer Staaten wurde 1991 bis 1994 die Währungsunion Jugoslawiens aufgelöst. 1992 bis 1994 folgte aus denselben Gründen die der Sowjetunion. 1993 die der Tschechoslowakei.

Was aber geschieht wirklich nach einem Euro-Crash bzw. nach einem Zerschellen der EU?

### ► **Crash: Szenario EU**

Die Staatsräson vieler Regierungschefs, die europäische Währungseinheit zu erhalten, koste es was es wolle, ist aufgrund des finanziellen Missmanagements gescheitert. Die Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben ist so dramatisch angewachsen, dass die EU und die einzelnen Mitgliedsstaaten die Schulden nicht mehr bedienen können. Hinzu kommen die Bankenkrise, die Kosten der unbewältigten Flüchtlingsströme und die Mehrausgaben für die innere Sicherheit.

Doch keines der Eurozonen-Länder kann einseitig handeln, sondern muss sich an die einheitlichen Regeln der EZB halten, die verzweifelt versucht den Zusammenbruch zu verhindern. Das Werkzeug dazu ist jedoch seit Jahren wirkungslos:

- ❖ Darlehen der reicheren (nördlichen) Mitglieder an die verschuldeten (südlichen) Länder.

Doch das Problem der Euro-Zone ist längst nicht mehr mit Geld zu lösen. Es geht um Fundamentales. Die meisten Bürger lehnen inzwischen den Zentralismus aus Brüssel ab. Die EU-Politik hat – wie gezeigt – zur Verarmung vieler Mitgliedsstaaten geführt, zu hoher Arbeitslosigkeit und sozialen Unruhen.

Die Katastrophe tritt ein: Der Eurowährungsflucht folgt ein Abwertungskampf, der den europäischen Binnenmarkt vollends in den Abgrund reißt, denn die Investoren geraten in Panik. Das Finanzsystem kollabiert: Aus Angst um ihr erspartes Geld plündern Kunden Konten und Spargbücher. Die meisten börsennotierten Banken „crashen“. Dies wiederum führt zu einem Flächenbrand: Die nationalen Wirtschaften brechen zusammen und mit ihnen auch die Europäische Union. Tausende Unternehmen gehen Pleite. Millionen Verträge und Beteiligungen aus Geschäftsbeziehungen und Handelsverflechtungen müssen neu gestaltet werden. Ebenso die der noch existierenden grenzüberschreitend tätigen Großbanken.

Krisenländer wie Griechenland, Italien, Spanien und Portugal sind im Staatsbankrott und verkünden die Einstellung ihrer Schuldentilgungen. Damit kommt es zum bisher größten Zahlungsausfall von souveränen Staaten. Die EZB, die in den vergangenen Jahren über hunderte Milliarden Euro an faulen Staatskrediten aus diesen Ländern aufkaufte, wird aufgelöst. Ihr Goldbestand wird im Verhältnis der zu den ursprünglichen Beiträgen an die Mitgliedsstaaten zurückgegeben. Trotzdem müssen Regierungen neue Milliarden-Kredite aufnehmen, reduzieren zudem ihr militärisches Auslandsengagement, also ihre Auslandseinsätze, auf ein Minimum, um Gelder einzusparen. Manche erhöhen drastisch die Steuern, andere enteignen die Bürger mit einer Hyperinflation und schmälern so die Staatsschulden.

Die früheren Mitgliedsländer der EU kehren zu ihren einstigen nationalen Währungen zurück, die allerdings erheblich von ihrer früheren Kaufkraft verloren haben.

Immer mehr Menschen wollen den von Bürgerkrieg, Hungersnot und Arbeitslosigkeit bedrohten und kollabierten Euro-Ländern den Rücken kehren: Die Armen, um dem Chaos zu entfliehen und woanders vielleicht Arbeit und eine Zukunft zu finden. Die Reichen, um ihr Vermögen zu retten.

### ► Euro- und EU-Crash: Szenario Deutschland

CDU/CSU, SPD, Linke und Bündnis 90/Die Grünen finden hinsichtlich einer Staatsnotstands-Politik zu einer Koalition „Zur nationalen Rettung“ zusammen. Grundlage hierfür sind die bereits 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze. Die bürgerlichen Freiheitsrechte werden einschränkt. Das Volk sieht sich aufgrund des Crashes seiner Vermögens- und Einkommenswerte beraubt, während sich der Staat seiner Schulden entledigt. Soziale Gerechtigkeit, der „stärkste Kitt einer demokratischen Gemeinschaft“, landet dabei auf dem Müllhaufen der Zeitgeschichte. Staats-Politik- und Wirtschaftsvertrauen werden ebenso zerstört wie der gesellschaftliche Glaube an die Gemeinschaft. Allesamt hinweggefegt von bitterer Not und täglichem Überlebenskampf.

Die Wirtschaftskatastrophe zieht eine Verelendung breiter Gesellschaftsschichten nach sich: Massenarbeitslosigkeit, Altersarmut, Hungersnot und eine „Ghettoisierung“ der Städte. Der Schwarzmarkthandel blüht, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit, Rechts- und Linksextremismus nehmen zu, Kriminalität und Prostitution ufern aus. Ausreichende Medizin steht nur noch den Wohlhabenden zur Verfügung. Die Energieversorgung kollabiert, an den Finanzmärkten bricht Panik aus und die meisten Banken crashen – noch bevor sie verstaatlicht werden können.

Während dem Einzelnen keine Möglichkeit bleibt, sich gegen dieses Horror-Szenario zu wehren, hat der Staat seine ganz eigenen Methoden:

→ Die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen um rechtzeitig eine Kapitalflucht zu verhindern. Goldverbot, Zwangshypotheken auf Immobilien, Entwaffnung „legaler“ Waffenbesitzer wie etwa Jäger und Sportschützen, sind nur einige davon.

### ► Bürgeraufstände und der Einsatz der Bundeswehr im Inland

Das alles führt schließlich zu sozialen Unruhen, zu offenem Aufruhr, zu einem Bürgeraufstand; flächendeckend und mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Dabei werden die politisch Verantwortlichen den Krieg gegen die eigene Bevölkerung mit äußerster Härte führen. Beispiele hierfür gibt es genügend, wie etwa das brutale und rücksichtslose Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten, Schüler, Frauen und Kinder beim Großbrauprojekt „Stuttgart 21“.

In dieser prekären Situation kommt es der Regierungskoalition zugute, dass bereits 2012 das Bundesverfassungsgericht den Einsatz der Bundeswehr im Inland erlaubte. Unter strengen Auflagen zwar und eigentlich „für den Schutz der Bevölkerung namentlich vor terroristischen Angriffen“, aber mit der Prämisse zur Abwehr eines „besonders schweren Unglückfalls“. Somit brauchen die Verantwortlichen nicht

einmal mehr über eine Änderung des Grundgesetzes abstimmen. Bei einem „inneren Notstand“, einem „Staatsnotstand“, ist der Einsatz der Streitkräfte in Ausnahmefällen ohnehin schon erlaubt, nicht jedoch wegen Gefahren, die „aus oder von einer demonstrierenden Menschenmenge drohen“. Allerdings umgeht die Regierung diesen Passus und beruft sich darauf, dass der Einsatz der Bundeswehr und anderer Einheiten zum Schutz der inneren Sicherheit in außergewöhnlichen Notfällen zulässig sei. Ebenso zur „Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer“.

Dabei wird auf Truppen zurückgegriffen, die in der Öffentlichkeit gänzlich unbekannt sind: den so genannten Regionalen Sicherheits- und Unterstützungskräften (RSUKr). Bereits 2012 waren 27 Kompanien mit insgesamt 2.700 Mann in 16 Bundesländern den Landeskommandos der Streitkräfte unterstellt, die die Bundeswehr im Rahmen des Heimatschutzes unterstützen sollen. Gleich wohl bei einem „inneren Notstand“, also bei Gefahr für den Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Ebenso dürfen die RSUKr-Einheiten im Rahmen der Amtshilfe auch zur „Bekämpfung organisierter und militärischer bewaffneter Aufständischer“ oder „widerstrebender“ Bevölkerungsteile eingesetzt werden. Genau dies geschieht nun; unterstützt von Fallschirmjägereinheiten der Division Spezielle Operationen (DSO), dem Kommando Spezialkräfte (KSK) und der multinationalen, paramilitärischen Polizeieinheit European Gendarmerie Force (EUROGENDFOR).

Schließlich wird nach einer Geheimsitzung und Grundgesetzänderung die Währungsreform umgesetzt: die Umstellung auf eine neue nationale Währung. Diese wird eine erneute Vermögensenteignung der Bürger mit sich bringen, genauso wie massive Steuererhöhungen. Erst danach kann überhaupt wieder an den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau Deutschlands gedacht werden.

### ► **Brexit-Insel wird zur Hoffnung von Flüchtlingen**

Das Vereinigte Königreich von Großbritannien rückt in den Fokus der Wirtschaftsflüchtlinge. Und das noch vor dem Brexit. Investoren wollen riesige Summen Bargeld (in stabilen ausländischen Währungen) in das Land bringen. Doch dadurch würde innerhalb kurzer Zeit die heimische Währung, das britische Pfund, stark im Kurs steigen und Großbritannien eine schmerzliche Rezession bescheren. Deshalb (und aufgrund des ungebrochenen Ansturms von mittellosen Immigranten) hat die Insel ihre Grenzen längst dicht gemacht. Nachdem auf Anordnung des Außenministeriums britische Staatsbürger und Botschaftsangehörige aus den Krisenherden auf dem Festland ausgeflogen worden sind, wird zunächst auch der Luftverkehr komplett eingestellt.

Bereits Jahre zuvor befürchtete die Regierung im Fall eines Euro-Zusammenbruchs einen regelmäßigen „Run“ auf die Insel. Allerdings kommen auch auf die Briten schwere Zeiten zu, denn einst legten einheimische Banken rund 170 Milliarden Pfund in den EU-Währungsländern an. Mit deren Staatsbankrott lösen sich diese Investitionen praktisch über Nacht in Luft auf, bringen viele britische Geldinstitute an den Rand des Kollapses. Nun muss London Pläne für eine massive Bankenrettung

ausarbeiten, bevor auch der Inselstaat im Chaos versinkt. Und dies bedeutet für die britische Bevölkerung noch mehr Sparreformen und Sozialkürzungen.

### ► „Rettungsinsel“ Schweiz

Die neutrale Schweiz wird ebenfalls in den unheilvollen Strudel des Euro- und EU-Crashes hineingezogen. Schon vor Jahren warnte deren Armeechef *André Blattmann* den schweizerischen Nationalrat:

- ❖ *„Auch in Europa können Situationen entstehen, die wir uns heute gar nicht vorstellen können.“* Er hielt sogar einen Armeeinsatz wegen großer Migrationsströme und Unruhen für denkbar.

Genauso kommt es dann auch: Nach dem Zusammenbruch der Euro-Zone versuchen Flüchtlingsströme in das Land zu gelangen. Und zwar nicht nur außereuropäische, sondern auch „innereuropäische“. Das Gewaltpotenzial verschärft sich dramatisch und gefährdet damit die innere und äußere Sicherheit des Landes. Die Eidgenossen machen ihre Grenzen dicht. Allein mit polizeilichen Mitteln kann der Zustrom nicht mehr bewältigt werden. Die Armee muss helfen. Bereits im Herbst 2012 wurde dahingehend mit 2000 Soldaten die Militärübung „Stabile Duo“ durchgeführt. Zudem zahlt es sich jetzt auch aus, dass das Verteidigungsdepartement schon vor Jahren die Armee auf 100.000 Soldaten und Kampf-Jets für rund 5 Milliarden Franken aufgestockte, um das Land gegen Unruhen, Demonstrationen und vor allem Flüchtlinge aus den Nachbarländern zu verteidigen. Zusätzlich kontrollieren und beschützen vier Militärpolizei-Bataillone mit insgesamt 1.600 Mann die strategisch wichtigen Punkte in allen vier Landesteilen. Die kleine Schweiz ist zu einer großen Festung geworden.

Neben den Problemen mit den gewaltigen Flüchtlingsströmen aus allen Ländern Europas sowie Afrika und des Nahen und Mittleren Ostens gibt es auch wirtschaftliche, vor allem den Außenhandel betreffend. Die Nachfrage nach Schweizer Waren, die zumeist in die (früheren) EU-Länder geliefert wurden, bricht massiv ein. Der Export geht um weit mehr als 10 Prozent zurück und stellt die Eidgenossen vor große Probleme, denn die Ausfuhren machen rund 60 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung aus. Das Bruttoinlandsprodukt sinkt um über 4 Prozent. Die Arbeitslosigkeit steigt um 2 Prozent. Die Investitionsbereitschaft Schweizer Unternehmer nimmt rapide ab.

Hinzukommt, dass aufgrund der neuen, aber schwachen nationalen Währungen im Euro-Raum immer mehr Anleger in den „sicheren“ Schweizer Franken investieren. Die umlaufende Geldmenge nimmt um 80 Prozent zu! Die Schweizer Nationalbank (SNB) kauft auf dem Devisenmarkt für Hunderte Milliarden Fremdwährungen auf. Mit der Abschöpfung der Überschussliquidität soll eine Inflation vermieden werden. Doch der ausufernde Fremdkapitalzustrom führt auch dazu, dass der Franken gegenüber den anderen Währungen stark aufwertet und damit die Schweizer Erzeugnisse in den Nachbarländern noch teurer werden. Zum Teil um bis zu 50 Prozent.

Die Schweizer Nationalbank sieht keine andere Möglichkeit mehr, als den Kurs zwischen dem Franken und den neuen europäischen Währungen auf 1,20 zu stabilisieren. Um zu verhindern, dass ausländische Kapitalanleger ihr „Fluchtgeld“ vermehrt in Franken anlegen und diesen noch stärker aufwerten, wird nicht nur das Prozedere der Kontoeröffnung für Ausländer verschärft, sondern es werden auch Kapitalverkehrskontrollen in Form von hohen „Negativzinsen“ eingeführt. Damit wird für ausländische Geldanlagen in Franken pro Quartal eine Kommission von 10 Prozent fällig. Investoren verlieren jährlich zirka 40 Prozent ihrer Anlage. Das soll abschrecken.

Doch die Schweizer Nationalbank befindet sich in weiteren Schwierigkeiten: Vor dem Crash kaufte sie für 80 Milliarden Euro Staatsanleihen der als stabil geltenden EU-Ländern wie Deutschland, Österreich, die Niederlande, Finnland und Frankreich auf. Damit wollte sie die Staatshaushalte der Nachbarländer stützen, um die eigene Exportindustrie zu schützen. Der Plan ist gescheitert. Jetzt steht die Schweizer Nationalbank vor einem Milliarden-Euro-Scherbenhaufen, der nichts mehr wert ist.

### ► **So reagieren die Staaten auf Wirtschafts- und Armutsflüchtlinge**

Die Regierungen in der „gecrashten“ Euro-Zone reagieren auf die massive Kapitalflucht und die Welle von Wirtschafts- und Armutsflüchtlingen, die jetzt nicht mehr nur aus Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten kommen, sondern aus ganz Europa. Die Staaten setzen kurzerhand das Schengen-Abkommen außer Kraft, das einst für die Länder im Schengenraum Reisefreiheit garantierte ohne stationäre Zollkontrollen des Personenverkehrs an den Binnengrenzen und ohne Zollformalitäten. Grenz- und Kapitalverkehrskontrollen werden wieder eingeführt, um illegale Waren- und Geldein- und -ausfuhren zu reglementieren – vor allem aber, um die Kapitalflucht zu verhindern.

Aufgrund ökonomischer Domino-Effekte hat der Euro-Crash auch schwere Auswirkungen auf die globale Realwirtschaft: Sie rasselt in eine schwere globale Rezession, die zu heftigen, teils dramatischen Turbulenzen an den weltweiten Börsen führt. Der Zusammenbruch stürzt Europa nicht nur geradewegs ins Chaos mit schweren ökonomischen Konsequenzen in den europäischen Volkswirtschaften, tiefen sozialen Spannungen und politischen Instabilitäten, sondern löst auch eine neue Weltwirtschaftskrise aus. Der weltweite wirtschaftliche Schaden der Totalerosion der Euro-Zone beträgt über 17 Billionen Euro. Die Vereinten Nationen starten für die ehemalige Euro-Zone ein Wiederaufbauprogramm. Oberste Priorität ist dabei die Bekämpfung der Hungersnot.

### ► **Die Gefahr eines neuen Krieges**

Eine internationale Schuldenkonferenz zur Umstrukturierung der Schulden der insolventen Staaten wird einberufen. Die deutschen Auslandsforderungen belaufen sich mittlerweile auf 3,3 Billionen (ehemalige) Euro, doch die Schuldnerstaaten sind nicht in der Lage, diese zu bedienen. Unter den ehemaligen EU-Finanzministern bricht Streit darüber aus, welches Land welche alten Euro-Schulden (umgerechnet in

die neuen Landeswährungen) zu bezahlen habe. Die Gefahr eines neuen Krieges droht.

Der ehemalige polnische Finanzminister Jacek Rostowski warnte bei einer Rede im Europaparlament schon im September 2011 eindringlich, dass das Auseinanderbrechen der Euro-Zone und der Zerfall der Europäischen Union mittel- bis langfristig zu einem Krieg führen könnten. „Wir dürfen nicht zulassen, dass es dazu kommt.“

Auch US-Hedgefondsmanager *Kyle Bass* prophezeite schon im Januar 2013 für die Zukunft Krieg in Europa. Gründe sah er in der hohen Verschuldung der Finanzmärkte sowie in den sozialen Spannungen. Hinzu gekommen sind nun noch Millionen Migranten, die für die Haushaltskassen eine enorme Belastung darstellen und zur weiteren Unzufriedenheit und sozialen Spannungen insbesondere auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt führen.

Auch Eurogruppen-Chef *Jean-Claude Juncker* sprach bereits Anfang 2013 davon, wie schnell es gehen könne, den Frieden aufs Spiel zu setzen. Und weiter:

- ◆ *„Ich sehe uns nicht am Vorabend des dritten Weltkrieges. Ich mache nur darauf aufmerksam, dass man in Europa nie denken sollte, Frieden sei eine Selbstverständlichkeit. Vor 15 Jahren noch wurde im Kosovo gemordet und vergewaltigt. Das ist mitten in Europa passiert“.* Auch diese Worte sind mehr als zweideutig.

Tatsächlich wurden in der Vergangenheit Staaten ihre Schuldenlast immer wieder durch Kriege los. „Die Eroberung fremder Territorien, die mit Raub und Ausbeutung der Einheimischen einherging, war den Banken die liebste Form der Tilgung“, schreibt der Wirtschaftsjournalist Gabor Steingart in seinem Bestseller *Weltkrieg um Wohlstand – Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden*.

→ *„Die Rückzahlung erfolgte nach Ende des Feldzugs aus dem Fundus der Unterworfenen. Das war ein schnelles und aus Sicht der Kreditgeber blitzsauberes Geschäft. Großbritanniens König Georg III. sprach in großer Offenheit von den ‚Kreditkriegen‘, die es im Interesse solider Staatsfinanzen zu führen galt.“*

Der Komplexitätsforscher *John Casti* bestätigte dies:

- *„Wenn die wirtschaftliche Lage sich weltweit verschlechtert, könnten manche begrenzten Zwischenfälle die Staatsgrenzen überspringen und zu viel weiter verbreiteten, lang anhaltenden Ereignissen werden. Bewaffnete Aufstände, Militärputsche und sogar zwischenstaatliche Kriege um den Zugang zu Ressourcen sind nicht auszuschließen.“*

**So oder ähnlich könnte das Szenario aussehen, wenn der Euro und die Europäische Union crashen.**

**Bleibt zu hoffen, dass es niemals soweit kommt.**